

# Finanzmärkte regulieren – Binnenwirtschaft stärken: nachhaltige Investitionen, sozialer Ausgleich, Gute Arbeit

## Die SPD muss entschiedener gegen die Krise vorgehen!

Von Klaus Barthel, Hilde Mattheis und Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

Die Industriestaaten befinden sich in der größten Finanzkrise seit dem schwarzen Freitag von 1929, der den Beginn der folgenschwersten Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts und die Grosse Depression einläutete. Die unbewältigte und durch schwere wirtschaftspolitische Fehler mit verursachte Krise hat damals zu hunderten Millionen Arbeitslosen, Not und Elend in allen Industrieländern geführt; die politischen Folgen waren u. a. Faschismus und Raubkriege, die das 20. Jahrhundert zum „Jahrhundert der Extreme“ gemacht haben. Sicher, die Geschichte wiederholt sich nicht – aber es gilt, sich die Fehler der Vergangenheit vor Augen zu führen und angemessene Antworten für das vor uns liegende Desaster und die daraus folgenden Probleme zu finden.

Die aktuelle Finanzkrise ist vom finanziellen Umfang, dem ungeheuerlichen Ausmaß der Kosten und der Vielzahl der betroffenen Länder her unbestritten größer als jede andere in der Geschichte der Finanzkrisen und Spekulationsblasen der modernen Industrie- und Finanzgeschichte. Größere Finanzkrisen und unverantwortliches spekulatives Verhalten hat es in den letzten 15 Jahren immer wieder gegeben: Asien-, Russland-, Brasilien-, Türkei-, New Economy- und Argentinien-Krise hätten alle Verantwortlichen warnen müssen – aber es wurden keine Lehren gezogen – im Gegenteil es wurde noch weiter dereguliert.

Wie in den Zeiten der großen Depression vernichtet und verschiebt die Finanzkrise nicht nur in unvorstellbarem Ausmaß Vermögen, sie macht auch wie damals nicht im Finanzsektor halt: Wir stehen mitten in der Gefahr, dass sich die Währungskrise in Asien zu einer Weltwährungskrise verfestigt.

Die Schockwellen des Finanzcrash erreichen gerade die Realökonomie: Die USA befinden sich bereits in der Rezession und die EU ist auf dem Wege. Deflation und eine weltweite Depression sind Gefahren, die noch keineswegs gebannt sind.

Gravierende Folgen für die öffentlichen Finanzen und die sozialen Sicherungssysteme sind nur zu vermeiden, wenn einem aktiven, nationalen, europäischen und weltweit koordiniertem Vorgehen und Krisenmanagement ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Finanz- und Wirtschaftspolitik folgt. Welchen Namen wir auch immer dem globalen System geben, das jetzt zusammengebrochen ist: „schrankenlose Finanzglobalisierung, weltweite Finanzinnovationen, Shareholder-Ökonomie oder Finanzkapitalismus“ – das System ist gescheitert.

Die „Freiheit“ der Finanzakteure war nur zu Lasten der überwältigenden Mehrheiten der Menschen, von den Arbeitnehmern bis zu den kleinen Anlegern, selbstständigen sowie kleinen und mittleren Unternehmen möglich. Die „Freiheit“, anderen beliebig zu schaden und die Kosten der Allgemeinheit aufzuladen, muss ein Ende haben.

In dieser Situation muss die Sozialdemokratie grundsätzlich und ordnungspolitisch in die Offensive gehen. Die von den Finanzmärkten ausgehende Krise kann nur durch eine Kombination eines massiven kurzfristigen Maßnahmenpakets mit tiefgreifenden langfristigen Strukturveränderungen in regulatorischer, verteilungs- und sozialpolitischer Hinsicht gelöst werden. Als Gegenbild zum Laisser-faire mit parasitären Strukturen und übermütigen Akteuren muss wieder eine Vorstellung vom Primat demokratischer Politik entstehen: Soziale und ökologische Ziele und Rahmenbedingungen der Wirtschaft dürfen nicht allein vom so genannten Marktgeschehen oder von selbst ernannten Eliten bestimmt werden, sondern von allen Betroffenen durch demokratische Entscheidungen und Wahlen. Dies bedarf auch einer transnationalen politischen Handlungsebene für die weltweite und europäische Wirtschaft mit international demokratisch verfassten Strukturen und klarer Aufgabenstellung und Ausrichtung.

56 Es reicht nicht, die Bevölkerung von der Notwendigkeit extrem teurer Rettungsprogramme zu  
57 überzeugen. Sozialdemokraten müssen in dieser Situation

- 58 • einfordern, dass die Verantwortlichen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien ihr  
59 bisheriges Handeln selbstkritisch öffentlich aufarbeiten und einen breiten gesellschaftli-  
60 chen Dialog über die Grundsätze und Ziele der Weltwirtschaft der Zukunft beginnen,
- 61 • Ausmaß und Ursachen dieser tiefsten Krise des Weltfinanzsystems seit den 30er Jahren  
62 analysieren und für die Zukunft vorbeugend bekämpfen,
- 63 • die Auswirkungen auf die Realwirtschaft durch gezieltes Gegensteuern dämpfen und  
64 damit Wachstum und Beschäftigung sichern und
- 65 • die schädlichen Entwicklungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung der letzten  
66 Jahre korrigieren und für eine nach dem Verursacherprinzip angemessene Lastenvertei-  
67 lung bei den Kosten der Krisenbekämpfung zu sorgen.

68

## 69 **Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte:**

### 70 **Eine neue Finanzarchitektur für nachhaltiges Wachstum zimmern**

71 Die fundamentale Krise des Wall-Street-Kapitalismus dokumentiert eindrucksvoll das Schei-  
72 tern der neoliberalen Doktrin: Weder wurde Finanzkapital dorthin gelenkt, wo es den höchst-  
73 en Nutzen stiftet, noch haben die Marktpreise der gehandelten Finanzprodukte deren tat-  
74 sächlichen Wert und deren Risiken abgebildet; im Gegenteil: Letztere wurden verschleiert  
75 und beschönigt, womit immer größere Kapitalmassen in rein spekulative Anlagen gelockt  
76 wurden. Ahnungslosen Anlegern wurden hochriskante Anlagen oder Finanzmüll als „hochsi-  
77 cher“ („Triple A“) verkauft. Institutionelle Anleger jeder Art, unter ihnen viele internationale  
78 Großbanken, beteiligten sich aktiv an Geschäftsmodellen, die sie selbst nicht mehr verste-  
79 hen. Die herrschende Wirtschaftswissenschaft und die Mehrheit des Sachverständigenrates  
80 der Bundesregierung begleiteten diese erkennbaren Fehlentwicklungen unkritisch bis zu-  
81 stimmend.

82 Das Finanzsystem in seiner weitgehend unregulierten Form erweist sich zum wiederholten  
83 Male als außerordentlich anfällig für das Entstehen von Spekulationsblasen. Es ist deshalb  
84 ökonomisch höchst instabil und für die Allgemeinheit kostspielig.

85 Mit dem sich abzeichnenden Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft sind nach-  
86 haltiges Wachstum und Millionen Arbeitsplätze gefährdet. Ohne angemessenes staatliches  
87 Eingreifen auf globaler, weltregionaler und nationaler Ebene wird dies zu einer Weltwirt-  
88 schaftskrise führen. Deshalb sind Einzelkorrekturen untauglich, um die Risiken einzudäm-  
89 men. Systemische Veränderungen sind unausweichlich. Die Sozialdemokratie ist gefordert,  
90 den längst überfälligen **Paradigmenwechsel weg von einem auf kurzfristigen Profit ori-**  
91 **entierten Finanzmarktkapitalismus** hin zu einer neuen nachhaltigen Weltwirtschaftsord-  
92 nung konzeptionell zu entwickeln und politisch zum Durchbruch zu verhelfen. Sie darf die  
93 Fehler der nationalen Deregulierungspolitik und der europäischen Finanzmarktgesetzgebung  
94 (EU-Finanzmarkttrichtlinie = MiFID) der vergangenen beiden Jahrzehnte nicht wiederholen.  
95 Je häufiger und je teurer die Finanzkrisen für die kleinen Anleger und den Steuerzahler bis-  
96 her waren, desto stärker deregulierte anschließend die Politik und desto laxer wurde die Fi-  
97 nanzaufsicht.

98

99 Die historische Zäsur an den Finanzmärkten eröffnet eine neue Chance und die zwingende  
100 Notwendigkeit, den Primat der demokratischen Politik wiederherzustellen und die Dominanz  
101 der Finanzmärkte über die Realökonomie zu brechen. Dazu brauchen wir eine **neue Archi-**  
102 **tektur der Finanzmärkte und den politischen Mut zur demokratischen Regulierung und**  
103 **Zivilisierung des Finanzkapitals** in europäischem und weltweitem Maßstab.

104

105 Politik darf nicht nur wohlfeil die Gier derjenigen kritisieren, die uns ins Desaster geführt ha-  
106 ben, sondern muss systematisch die Kontrolle über einen außer Rand und Band geratenen  
107 Sektor wiedergewinnen. Handeln auf der nationalen Ebene reicht dazu nicht aus. Deutsch-  
108 land muss seinen Einfluss auf der europäischen und internationalen Ebene energisch und  
109 koordiniert mit anderen europäischen Nationen unverzüglich nutzen. Ohne eine **internatio-**

110 **nale Kontrollinstanz**, die nicht von den Interessen einzelner Finanzplätze dominiert ist, wird  
111 die globale Finanzwelt nicht sicherer werden. Das erfordert eine Neuorganisation und Neu-  
112 ausrichtung der Finanz-, Wirtschafts- und Geldpolitik auf der europäischen Ebene sowie des  
113 Internationalen Währungsfonds (IMF).

114 Nachdem die Regierungen nunmehr gezwungen waren, den Bankensektor mit Steuergel-  
115 dern aufzufangen, muss jetzt sichergestellt werden, dass die Finanzwirtschaft die unglaublich  
116 hohen **Lasten der Stabilisierung** im kommenden Jahrzehnt **Schritt für Schritt zurück-**  
117 **zahlt** und finanzielle Rücklagen durch entsprechende Beiträge der Finanzinstitutionen für  
118 künftige Krisen gebildet werden. Wer sich daran nicht beteiligt oder weiterhin hochriskante  
119 Geschäfte außerhalb der öffentlichen Kontrolle betreibt, darf keine Geschäftserlaubnis in  
120 Deutschland und Europa haben. Auch muss die steuerliche Privilegierung des Finanzsektors  
121 – von der Umsatzsteuer bis zu den Kapitalertragssteuern – aufgehoben werden.

122

123 **Daher ergeben sich folgende Forderungen:**

124

- 125 • **Alle Unternehmen, die Finanzdienstleistungen anbieten, müssen der jeweiligen**  
126 **Kontrolle der nationalen Aufsichtsbehörde unterliegen.**

127 Das bedeutet, dass auch Hedgefonds und Private Equity Gesellschaften von der Bun-  
128 desanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank kontrolliert  
129 werden und den gleichen gesetzlichen Bestimmungen unterliegen wie Banken.

130

- 131 • **Ein globales Kreditregister muss eingeführt werden.**

132

- 133 • **Alle Geschäfte und damit alle Risiken müssen aus der Bilanz erkennbar sein.**

134

- 135 • **Jedes Risiko muss entsprechend mit Eigenkapital unterlegt werden.**

136 Dazu ist das Basel II Abkommen zu überarbeiten, damit z.B. auch die abgeleiteten Risi-  
137 ken von Finanzdienstleistungsunternehmen adäquat mit Eigenkapital unterlegt werden.

138

- 139 • **Ein Finanzdienstleistungs-TÜV muss eingeführt werden.**

140 Neue Produkte sind der BaFin bzw. der europäischen Aufsichtsbehörde anzuzeigen.  
141 Diese sollen die Möglichkeit bekommen, hochriskante oder intransparente Produkte zu  
142 verbieten.

143

- 144 • **Eine öffentliche europäische Ratingagentur muss aufgebaut werden.**

145 Die neue Ratingagentur sollte an die Europäische Zentralbank angekoppelt werden. Die  
146 Kriterien für das Rating haben sich an einer nachhaltigen und sozialen Unternehmenspo-  
147 litik zu orientieren. Ratingagenturen sollen künftig haften, wenn ihre Bewertungen und  
148 Risikoeinschätzungen in fahrlässiger Weise mit den tatsächlichen Gegebenheiten nicht  
149 übereinstimmen.

150

- 151 • **Die Steueroasen und Off-Shore Finanzplätze müssen ausgetrocknet werden.**

152 Geschäfte mit Unternehmen aus Staaten, die eine entsprechende Kontrolle der Finanz-  
153 dienstleistungsunternehmen ablehnen und die die ordnungsgemäße und angemessene  
154 Besteuerung der Geschäfte nicht sicherstellen, werden untersagt.

155

- 156 • **Ein zusätzlicher europäischer Sicherungsfonds für Privatbanken muss errichtet**  
157 **werden**

158 Um künftig Zusammenbrüche von Banken zu verhindern, sollen die europäischen Privat-  
159 banken in einen angemessen hohen, zusätzlichen Sicherungsfonds einzahlen. Sparkas-  
160 sen und Landesbanken sind hiervon auszunehmen, da sie als öffentliche Banken von ih-  
161 ren jeweiligen öffentlichen Eigentümern aufgefangen werden.

162 **Betriebsrenten und kapitalgedeckte Altersrenten** sind durch einen europäischen Si-  
163 cherungsfonds, in den die Finanzinstitutionen angemessen einzahlen, zu garantieren. Es  
164 muss außerdem verhindert werden, dass „kapitalgedeckte“ Anlagesysteme immer mehr  
165 an die Stelle sozialstaatlicher Umlagesysteme treten.

- 166 • **Weitere Privatisierungen von öffentlichen Beteiligungen an Unternehmen wie der**  
167 **Deutschen Post inklusive Postbank, der Deutschen Telekom sowie der Deutschen**  
168 **Bahn sind zu stoppen.** Dies gilt auch für Unternehmen und Unternehmensanteile von  
169 Ländern und Kommunen sowie sämtliche Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsor-  
170 ge, wie beispielsweise Stadtwerke, Krankenhäuser und Sparkassen.  
171
- 172 • **Alle Private-Public-Partnership-Verträge** auf allen staatlichen Ebenen sind einer sofor-  
173 tigen Überprüfung auf ihre sämtlichen Risiken hin zu unterziehen. Noch nicht abge-  
174 schlossene und neue Verträge sind sofort zu stoppen und mit einem Moratorium zu ver-  
175 sehen.  
176
- 177 • **Eine Börsenumsatzsteuer** auf alle an Börsen gehandelten Werte und Wertpapiere (E-  
178 nergie, Rohstoffe, Finanzmittel usw.) ist einzuführen, um rein spekulative Transaktionen  
179 zu bremsen und die Gemeinkosten von Spekulation, Blasenbildung und Finanztransakti-  
180 onen wenigstens teilweise zu decken.  
181
- 182 • **Derivate und Leerverkäufe sind zu verbieten.**  
183

## 184 **Schnelle und energische Stabilisierung gegen die Rezessionsgefahren**

185 Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muss angesichts der sich abzeichnenden deutlichen Ab-  
186 schwächung der Weltwirtschaft infolge der dramatischen Verwerfungen auf den globalen  
187 Finanzmärkten mit der „drohenden Gefahr einer systemischen Kernschmelze“ (D. Strauss-  
188 Kahn) auf eine **aktive und starke wirtschaftspolitische Stabilisierung** umschalten. Es  
189 bedarf einer **europaweit koordinierten Geld-, Finanz- und Lohnpolitik**. In der gegenwärti-  
190 gen Situation einer inversen Zinsstruktur muss die **EZB (Europäische Zentralbank) ihre**  
191 **Zinsen auf das der anderen großen Zentralbanken der Welt absenken**, d. h. um aktuell  
192 ca. 2 %-Punkte.  
193

194 Die Politik muss versuchen, die Folgen der Finanzkrise abzuschwächen und bewusst **ex-**  
195 **pansive realwirtschaftliche Impulse** zu setzen. Gerade vor dem Hintergrund der hohen  
196 Exportabhängigkeit Deutschlands muss ein **Übergreifen der bereits in einigen europäi-**  
197 **schen Ländern begonnenen Rezession auf Deutschland verhindert werden.** Erfahrun-  
198 gen der Vergangenheit zeigen: Wenn eine aktive Stabilisierungspolitik unterbleibt, verharrt  
199 die Ökonomie längere Zeit in der Talsohle und die Arbeitslosigkeit steigt. Dies wiederum  
200 würde massive finanzielle Schief lagen in den öffentlichen Kassen, den Sozialversicherungss-  
201 systemen und in vielen Kommunen einen weitgehenden finanziellen Kollaps bewirken.  
202

203 Ein Ansparen gegen krisenbedingte Einnahmeausfälle würde verheerend auf die Realöko-  
204 nomie zurückwirken. Unter diesen Bedingungen könnte der Staat seine Konsolidierungsziele  
205 nicht erreichen. Zusammen mit einer kurzfristig wirksamen **Stützung des privaten Kon-**  
206 **sums** einkommensschwächerer Schichten brauchen wir eine **schnell wirkende Auswei-**  
207 **tung der privaten und öffentlichen Investitionen.**  
208

209 Eine Art „New Deal“ muss auch die reine Exportorientierung bisheriger Wirtschaftspolitik kor-  
210 rigieren. Die durch sie ausgelösten weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind nicht nur mit  
211 verursachend für die Aufblähung der Finanzmärkte, sondern fallen jetzt aufgrund ihrer hohen  
212 Verletzlichkeit auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft zurück. Stattdessen ist eine Stär-  
213 kung der Kräfte des Binnenmarktes erforderlich.  
214

215 Die vor uns liegenden Aufgaben erfordern **mehr finanzielle Ressourcen für die öffentli-**  
216 **chen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden.** Eine Absenkung der Steuerquote  
217 wäre deshalb kontraproduktiv, eine Umschichtung der Steuerlasten ist hingegen dringend  
218 geboten.  
219

220 Der drohenden Rezession muss auf zwei Wegen begegnet werden:

221

222 • Sowohl zur möglichst wirksamen Stärkung der Binnennachfrage als auch aus Gründen  
223 **sozialer Gerechtigkeit** brauchen wir eine **gezielte Stützung der unteren Einkommen**.

224

225 • Wir brauchen ein umfassendes auf 10 Jahre angelegtes und schnell wirksames **Pro-**  
226 **gramm zur massiven Ausweitung der öffentlichen und privaten Investitionen mit**  
227 **einem Volumen von rund 1 % des Bruttoinlandsprodukts, also ca. 25 Mrd. €** im ers-  
228 ten Jahr.

229

230 **In die Zukunft investieren:**

231 **Entscheidend für Standortqualität und Wettbewerbsfähigkeit**

232 Der Rückstau an Zukunftsinvestitionen ist in Deutschland gewaltig, wie alle internationalen  
233 Vergleiche belegen. Die öffentlichen Investitionen liegen seit Jahren weit unter dem interna-  
234 tionalen Durchschnitt.

235

236 Zukunftsinvestitionen sind entscheidend für Standortqualität und internationale Wettbewerbs-  
237 fähigkeit. Besonders auffallend und für die nachhaltige Entwicklung unseres Landes beson-  
238 ders nachteilig sind die extrem niedrigen Infrastrukturinvestitionen. Mit nur 4,3% Anteil der  
239 öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag Deutschland im Jahre 2004 auf  
240 dem viertletzten Platz der EU-27-Länder und bei den Infrastrukturinvestitionen mit nur 1,6%  
241 auf dem zweitletzten Platz. Die deutschen Ausgaben liegen 1% unter dem EU-Schnitt von  
242 2,5% des Bruttoinlandsprodukts. Dieser andauernde Entzug von öffentlichen Mitteln hat be-  
243 reits zu einem erheblichen und schleichenden Verfall der Substanz unserer Verkehrsinfra-  
244 struktur, bei den öffentlichen Gebäuden und Plätzen, im Bildungssystem und im Gesund-  
245 heitsbereich geführt, von Modernisierungsdefiziten ganz zu schweigen.

246 Einige Initiativen der derzeitigen Bundesregierung weisen schon jetzt in die richtige Richtung.  
247 Insbesondere folgende Initiativen sollen verstärkt werden:

248

249 • Die **Politik des Energiesparens und der Hebung der Energieeffizienz** muss mit Nach-  
250 druck fortgesetzt werden. Dabei sind besonders Energiesparmaßnahmen im Bereich der  
251 Raumwärme bei privaten Wohngebäuden und öffentlichen Gebäuden zu fördern. Neben  
252 der Wirkung auf die Energieeinsparung sind zusätzlich schon kurzfristig erhebliche Be-  
253 schäftigungseffekte zu erwarten (ca. 600 000 Vollzeit Arbeitsplätze). Der absehbare In-  
254 vestitionsbedarf liegt in den nächsten 10 Jahren bei etwa 35 Mrd. Euro.

255

256 • Im **Verkehrsbereich** liegen die Investitionsbedarfe seit langem auf dem Tisch, wie ein  
257 Blick auf den Bundesverkehrswegeplan zeigt. Besonderes Augenmerk ist auf die Defizite  
258 bei der Bahninfrastruktur zu legen, die letztlich nur durch zusätzliche Bundesmittel ge-  
259 deckt werden können.

260

261 • **Im Bereich der Bildung und Forschung muss der Rückstand zum europäischen**  
262 **Durchschnitt in 10 Jahren aufgeholt werden** und danach ist an die skandinavischen  
263 Staaten aufzuschließen. Für die Finanzierung dieser Aufgabe kann einen Teil der Gold-  
264 reserven der Bundesbank von derzeit 90 Mrd. EURO verwendet werden.

265

266 • Der **Investitionsstau im Gesundheitswesen insbesondere bei den Krankenhäusern**  
267 **muss aufgelöst werden**. Es ist gemeinsam mit den Trägern des Gesundheitswesens in  
268 den nächsten 10 Jahren systematisch abzubauen, wozu eine neue nachhaltige Finanzie-  
269 rungsstruktur aufgebaut werden muss.

270

271 • Durch **Städtebauförderungsmaßnahmen** sind die ärmeren Kommunen bei der Aufgabe  
272 der Stadtsanierung und -erhaltung zu unterstützen.

## 273 **Sozialen Zusammenhalt organisieren – Steuergerechtigkeit herstellen**

274 Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu den Lebenslagen in  
275 Deutschland dokumentiert dramatische Entwicklungen. Die Einkommensverteilung klafft so  
276 weit auseinander wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik.

277  
278 Die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich zeigt sich in hoher Arbeitslosigkeit, der  
279 Ausbreitung von Armutslöhnen und in der Verteilung der Vermögen. Rund zwei Drittel der  
280 Bevölkerung in Deutschland verfügen über kein oder nur ein sehr geringes Vermögen. Ande-  
281 rerseits verfügen die wohlhabendsten 10% der Haushalte über mittlerweile fast 60% des  
282 gesamten Vermögens. Allein die 300 reichsten Deutschen steigerten im letzten Jahr ihre  
283 Vermögen um 80 Milliarden Euro auf 475 Milliarden Euro. Lag das Armutsrisiko beim 1. Ar-  
284 mutsbericht noch bei 12,1%, so ermittelt der 3. Bericht bereits ein Armutsrisiko 18%. Für  
285 Kinder ist das Armutsrisiko von 15% im Jahr 2003 auf 26% im Jahr 2005 angestiegen.  
286 Gleichzeitig kam es zu einer starken Spreizung der Lohneinkommen.

287  
288 Diese Kluft, die Erosion der gesellschaftlichen Mittelschichten, der Rückzug des Staates aus  
289 den Systemen der sozialen Sicherheit und deren immer einseitigere Finanzierung, die wach-  
290 senden Abstiegs- und Zukunftsängste weiter Teile der Bevölkerung, die zunehmende Steu-  
291 erungsgerechtigkeit und die Prekarisierung der Arbeitsmärkte bilden die Kehrseite der unkon-  
292 trollierten Expansion der Finanzmärkte. Exorbitante Unternehmensgewinne und ausufernde  
293 spekulative Anlagen waren nur vor dem Hintergrund der groß angelegten Umverteilung und  
294 Entstaatlichung zulasten der Arbeitnehmerschaft, der EmpfängerInnen von Sozialtransfers  
295 und der öffentlichen Kassen aller staatlichen Ebenen möglich. Zum Schaden der Volkswirt-  
296 schaft sank die Massenkaufkraft kontinuierlich. Kleine und mittlere Unternehmen gerieten  
297 durch Nachfrageausfall und immer schwierigere Refinanzierungsmöglichkeiten in Bedräng-  
298 nis. **Die eingesparten Löhne, die abgebauten Sozialleistungen und die dauernd ange-**  
299 **stiegenen Export- und Leistungsbilanzüberschüsse haben keinen volkswirtschaftli-**  
300 **chen Nutzen gestiftet, sondern sind größtenteils auf den Weltfinanzmärkten verloren**  
301 **gegangen.**

302  
303 **Eine wirksame Politik der sozialen Gerechtigkeit setzt gleiche Zugänge für alle zu Bil-**  
304 **dung und Daseinsvorsorge und eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums**  
305 **voraus.**

306  
307 Sozialdemokratische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik stellt sich auch und gerade im Kontext  
308 der Finanzkrise der Herausforderung, die Binnenwirtschaft zu stärken und den sozialen Zu-  
309 sammenhalt auf neuer Grundlage zu organisieren.

- 310
- 311 • Um die Abwärtsbewegung in der Lohnentwicklung zu stoppen, muss mit einem **gesetzli-**  
312 **chen und flächendeckenden Mindestlohn** eine Untergrenze für die Lohnkonkurrenz  
313 eingezogen werden, die in jedem Falle "Armut trotz Arbeit" vermeidet. Erforderlich ist ei-  
314 ne **expansive Lohnpolitik (deutliche Erhöhung der Löhne und Gehälter)**, damit die  
315 Konsumnachfrage als größtes Nachfrageaggregat konjunkturgerecht wachsen kann und  
316 der Sozialstaat finanzierbar bleibt.
  - 317  
318 • Die Aushöhlung sozialer Standards über den gezielten Missbrauch der Leiharbeit muss  
319 unverzüglich beendet werden. Hierzu muss nach einer Einarbeitungszeit für gleiche Ar-  
320 beit auch gleicher Lohn gezahlt werden. Grundsätzlich muss gelten: **Gleiche Rechte für**  
321 **Leiharbeiternehmer und Stammbeslegschaft.** Die Befristung ohne Sachgrund muss ab-  
322 geschafft werden. Die Höchststundenzahl im Rahmen von Minijobs ist auf 15 Stunden zu  
323 begrenzen. Alle Beschäftigungsverhältnisse oberhalb einer Bagatellgrenze sind in die  
324 Sozialversicherungspflicht einzubeziehen. **1-Euro-Jobs sind in sozialversicherungs-**  
325 **pflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.** Umschulungs- und Qualifizie-  
326 rungsmaßnahmen müssen ausgeweitet; ein **öffentlicher Beschäftigungssektor** aufge-  
327 baut werden.

- 328 • Durch eine **sozialdemokratische Bildungsoffensive** müssen die Voraussetzungen ge-  
329 schaffen werden, um alle Menschen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft - in die  
330 Lage zu versetzen, ihre Chancen wahrzunehmen. Dazu gehört ein **flächendeckendes**  
331 **und gebührenfreies Angebot von Ganztagesbetreuungsangeboten und Ganztags-**  
332 **schulen**, die Gebührenfreiheit des Studiums und eine Stärkung der Weiterbildung.  
333
- 334 • Wir brauchen auch künftig einen **starken Sozialstaat**, um die großen Lebens- und Ar-  
335 beitsrisiken abzusichern. Tendenzen zu einer weiteren Privatisierung der sozialen Siche-  
336 rungssysteme müssen gestoppt werden. Es ist weiterhin auf die Einführung einer **solida-**  
337 **rischen Bürgerversicherung im Gesundheitswesen zu setzen**. Wir müssen dafür  
338 sorgen, dass die gesetzliche Rente auch künftig den wesentlichen Beitrag zur Sicherung  
339 des Lebensstandards im Alter leisten kann. **Die Rentenansprüche aus einem Durch-**  
340 **schnittsverdienst müssen auch künftig deutlich über dem Niveau der Mindestsi-**  
341 **cherung liegen**. Die Rückkehr von Altersarmut darf in unserem reichen Land nicht ge-  
342 duldet werden. Ältere Menschen müssen länger gesund im Arbeitsleben verbleiben kön-  
343 nen. Deshalb brauchen wir eine humane Arbeitswelt und **flexible Möglichkeiten des**  
344 **Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand**. Für Menschen mit besonders belas-  
345 tenden Tätigkeiten müssen Möglichkeiten eines vorgezogenen Rentenbezuges geschaf-  
346 fen werden. Die Anhebung des gesetzlichen Rentenzugangsalters auf 67 Jahre darf nicht  
347 in Kraft treten.  
348
- 349 • Arbeitslosigkeit ist ein gesellschaftlich verursachtes Problem, das auch gesellschaftlich  
350 gelöst werden muss. Arbeitslose Menschen sollen in unserer Gesellschaft menschen-  
351 würdig leben können. Notwendig ist deshalb **eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze**  
352 entsprechend der Forderung der Wohlfahrtsverbände ein. Um Kinderarmut zu begegnen,  
353 ist ein **eigenständiger Regelsatz für Kinder erforderlich**. Der Vermögensfreibetrag für  
354 die Altersvorsorge muss deutlich angehoben werden. Perspektivisch muss die **Arbeits-**  
355 **losenversicherung in eine Arbeitsversicherung umgewandelt werden**, um Unterbre-  
356 chungen in der Erwerbstätigkeit abzusichern.
- 357 • Unverzichtbarer Bestandteil einer **gerechten Steuerpolitik** ist die **Wiedereinführung**  
358 **der ausgesetzten Vermögenssteuer**, weil bereits ein Vermögenssteuersatz von 1% zu  
359 Mehreinnahmen von 16 Milliarden Euro führen würde (bei einem Freibetrag von 500.000  
360 Euro). Damit sollen die Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung finanziert werden.  
361 Die Erbschaftssteuer ist so auszugestalten, dass wenigstens ein Aufkommen von 10  
362 Mrd. Euro jährlich gewährleistet ist. Ohne eine ergiebige Erbschaftssteuer verbleiben alle  
363 Forderungen nach Chancengleichheit im Stadium bloßer Lippenbekenntnisse. Der inter-  
364 nationalen Steuerwettbewerb ist durch **eine europaweite Harmonisierung der Kapital-**  
365 **und Unternehmenssteuern** sowie durch Mindeststeuersätze auf europäischer Ebene zu  
366 begrenzen.  
367

## 368 **Gute Arbeit:**

### 369 **Die Zukunft der Arbeit muss human und demokratisch sein**

370 Neue Formen der Arbeitsorganisation und Leistungskontrolle, der verschärfte internationale  
371 Wettbewerbsdruck, der Renditedruck der Finanzinvestoren und die Machtverschiebung in-  
372 folge hoher Arbeitslosigkeit haben den Leistungs- und Arbeitsdruck in den Betrieben signifi-  
373 kant erhöht. An die Stelle der körperlichen Belastungen treten zum Teil neue Formen psychi-  
374 scher Belastungen. An die Stelle der alten Hierarchien treten vielfach neue Formen ent-  
375 grenzter Arbeit. Diese Entwicklungen büden den Beschäftigten neue materielle und ge-  
376 sundheitliche Risiken auf. Die gestiegenen Ängste und die Verunsicherung strahlen auf das  
377 gesamte soziale Umfeld der Arbeitnehmer und letztlich auf die gesamte Gesellschaft ab.

378 Wir brauchen deshalb eine Politik, die mit dafür sorgt, dass  
379

- 380 • **Arbeit menschlicher** wird und eine demokratische Arbeitskultur entsteht,
- 381 • die **Arbeitsfähigkeit** jedes Einzelnen erhalten bleibt und sich weiterentwickeln kann,
- 382 • die menschliche Wertschöpfung nachhaltig wird und
- 383 • eine **selbstbestimmte Lebensgestaltung** im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der Übernahme von Verantwortung für sich und für andere ermöglicht wird.

386  
387 Wir brauchen eine neue Wertschätzung der Arbeit, den systematischen Abbau von Prekarität  
388 und eine solidarische Arbeitskultur an allen Arbeitsplätzen. Im Rahmen eines Konzepts für  
389 „Gute Arbeit“ müssen **Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Bildungs- und Forschungspolitik**  
390 **eng verzahnt werden.**

391 Dazu bedarf es einer **Stärkung der Mitbestimmung**, einer **Intensivierung der Arbeitsfor-**  
392 **schung** und der Entwicklung eines neuen Verständnisses von Dienstleistungs- und Wis-  
393 sensarbeit. Statt weiterer Entgrenzung und Verdichtung von Arbeit und des Verschleißes von  
394 Arbeitsfähigkeit bedarf es **neuer Initiativen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit.**

395  
396 Auf **betrieblicher Ebene sind arbeitsbezogene soziale Benchmarks eine Möglichkeit,**  
397 **die Güte der Arbeitsgestaltung zu bestimmen.** Auf gesellschaftlicher Ebene muss Arbeit  
398 an einem jährlichen Bericht „Arbeitssituation und Arbeitsbedingungen“ mit einem „Arbeitskli-  
399 maindex“ öffentlich gemessen werden, der die gewohnten volkswirtschaftlichen Statistiken  
400 umfassend ergänzen wird.

401  
402 **Es muss verhindert werden, dass im Zuge der Bekämpfung der Finanzkrise die Prob-**  
403 **leme und Interessen der ArbeitnehmerInnen und der sozial Schwachen aus dem Blick-**  
404 **feld geraten.**

405 **Zur Bekämpfung der Finanzkrise ist deshalb ein in sich schlüssiges Konzept aus wirt-**  
406 **schafts-, arbeits- und sozialpolitischen Zusammenhängen zu erarbeiten und umzuset-**  
407 **zen. Umfang und Geschwindigkeit dieses Konzeptes müssen der Dimension der Krise**  
408 **entsprechen: Denn je zaghafter wir sind und je länger wir warten, desto schwieriger**  
409 **und teurer gestalten sich die Maßnahmen.**